

Walter BUBERT

geb. 13.7.1886 Mölln (Lauenburg)

gest. 8.8.1950 Osnabrück

Gewerkschaftsfunktionär, Oberkreisdirektor

luth., später konfessionslos

(*BLO III, Aurich 2001, S. 60 - 64*)

Buberts Vater war Zimmerergeselle. Er selbst besuchte die Volks- und die Mittelschule, seine Konfirmation ist bezeugt. 1904 ging er auf Wanderschaft. Von Nowawes (Kreis Teltow) kommend, wo er zuletzt wohnte, meldete er sich am 21. März 1912 mit der Berufsangabe "Schlosser" in Osnabrück an. Als Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverein gehörte er der Gewerkschaftsbewegung an, seit 1905 war er in der SPD. Von Anfang an war er in Osnabrück als Arbeitersekretär tätig, d. h. er war für die verschiedenen örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen sowie die rechtliche Beratung und Vertretung einzelner Mitglieder zuständig. Er verkörperte nicht mehr den alten Typ des gewerkschaftlichen Agitators, sondern vertrat eine neue Funktionärgeneration eher (klein-)bürgerlicher Herkunft, die, vertraut mit dem juristischen Handwerkszeug, sicheres Auftreten mit rednerischer und organisatorischer Befähigung verband. Diese erreichte für die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg durch Mitarbeit im Staat die praktische, in der Weimarer Verfassung bestätigte Anerkennung.



Walter Bubert (Quelle: Bildarchiv der Ostfriesischen Landschaft)

So auch Bubert: Seit 1915 war er in Osnabrück Mitglied der städtischen Preisprüfungsstelle und zusammen mit einem deutsch-hannoverschen Parteigänger für die amtlichen Lebensmittelhöchstpreise verantwortlich. Eine solche Position bewies das Vertrauen sowohl der Arbeiterschaft als auch der bürgerlichen Seite. Im Jahre 1917 stellte ihn der Bürgerverein sogar für eine Bürgervorsteherwahl auf. Nach Kriegsende verlegte Bubert seinen Arbeitsschwerpunkt in die SPD und führte den SPD-Ortsvorstand (bis 1924), blieb aber bis 1923 Arbeitersekretär. Politisch im engeren Sinne begann er erst seit dieser Zeit zu wirken. So trat er bei den revolutionären Vorgängen im November 1918 noch nicht hervor, sondern erst anlässlich seiner Bewerbung um einen Sitz in der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung als politischer Redner. Bezeugt ist ein Wahlkampfauftritt in Lingen am 25. Januar 1919. Bubert wurde gewählt (26.1.1919) und blieb Mitglied aller preußischen Landtage bis 1933. Zugleich war er politisch in Osnabrück aktiv. Am 2. März 1919 wurde er zum Bürgervorsteher gewählt, dem zweiten der SPD nach 1915. Im Jahre 1919 scheiterte ein Versuch der örtlichen SPD, ihn zum Landrat des Kreises Osnabrück zu machen, u.a. an dem von konservativer Seite vorgebrachten Argument der formalen Nicht-Eignung – ein in seiner späteren Emdener Zeit und im Dritten Reich oft benutzter Vorwand zu persönlichen Verunglimpfungen. Bei schweren Lebensmittelunruhen (19.2.1919) vor allem der Osnabrücker Arbeiterschaft und demobilisierter Soldaten meisterte er eine vor dem Rathaus entstandene äußerst prekäre Lage, indem er selbst in die Verantwortung für die Lebensmittelverteilung eintrat. Anschließend verhinderte er ein Blutbad, als er einen Sturm auf das Gefängnis, wo Untersuchungshäftlinge wegen Mundraubs einsaßen, durch das Versprechen ihrer Freilassung unterband. So besaß er weiterhin die alte Vertrauensposition. Bei erneuten Lebensmittelunruhen im Juni des folgenden Jahres trat Bubert auch gegen die von deutsch-nationalen Kreisen vorgetragene antisemitische Hetze auf. Gegen den Kapp-

Putsch vom 13. März 1920 sammelte in Osnabrück wie in den meisten Städten des Reiches ein Aktionsausschuß, hier von SPD, USPD und Gewerkschaft gebildet, die republikanischen Kräfte. Dem Ausschuß gehörte auch Bubert an. In Osnabrück entstand eine kritische Situation, da das hier stationierte Korps Lichtschlag, das Position für Kapp bezog, bewaffnet nach Minden verladen werden wollte. Um eine Zuspitzung der Lage zu vermeiden, gab der Aktionsausschuß dieser Forderung nach. In den folgenden Wochen hielt Bubert Verbindung zu den militärischen Stellen als örtlicher Bevollmächtigter des Reichs- und Staatskommissars Severing, des zu diesem Zeitpunkt erstmals ins Amt gekommenen langjährigen preußischen Innenministers. Sein Landtagsmandat, sein Kontakt zu Severing, sein – trotz der wenig glücklichen Haltung des Aktionsausschusses – entschlossenes Eintreten für die Republik und seine Umsicht in kritischen Lagen werden ihn für besondere Vertrauensfunktionen empfohlen haben.

Zu diesen zählte zumal die eines Landrats. Die Übernahme dieses Postens im Landkreis Emden fand zunächst größere Widerstände in landwirtschaftlichen Kreisen, die den seit über drei Jahrzehnten amtierenden, aus alteingesessener Familie stammenden Carl von Frese behalten wollten. In der Kreistagsitzung vom 29. Dezember 1922, in der dessen Absetzung bekanntgegeben wurde, fiel Buberts Name zum ersten Mal, doch bis zu seiner Ernennung dauerte es noch etwa ein Jahr. Während für ihn die Entwicklung in der Schwebe war, war er am 13. Januar 1923 in den Reichstag eingerückt. Nach einem kommissarisch ernannten Vorgänger wurde er am 1. September 1923 ebenfalls kommissarisch in das Landratsamt berufen. Sein Reichstagsmandat gab er darauf am 31. Oktober wieder ab. Schließlich schlug ihn der Kreistag mit den Stimmen der SPD und der DDP, d. h. genau mit den den neuen preußischen Staat tragenden Kräften, soweit sie im Kreise vertreten waren, endgültig zum Landrat vor. In seinem Urteil über seine bisherige Amtsführung hob der Regierungspräsident Berghaus gegenüber Severing unter Bezugnahme auf die gemeinsame Arbeit in der Landesversammlung, in der Berghaus für die DDP gesessen hatte, Buberts bestimmtes Auftreten hervor, mittels dessen er während eines Streiks in Emden im Oktober 1923 die Staatsautorität gewahrt habe. Die Parallelen zu Osnabrück sind auffällig. Die Bedeutung von Berghaus' Einschätzung ist daran zu messen, daß 1923 reichsweite Streiks einen Putsch der Schwarzen Reichswehr zur Folge hatten. Berghaus erwartete durch Bubert in Emden eine Stärkung der Gewerkschaften und der republikanischen Positionen gegenüber den revolutionären Kräften. Da die Stadt nicht dem Landrat unterstand, ist diese Äußerung besonders bemerkenswert. Emden gehörte in Niedersachsen zu einem der Hauptorte der KPD. Auch in den Kreisen der Landwirtschaft stellte Berghaus gegenüber Bubert am Ende der kommissarischen Amtszeit einen Wandel in der Einstellung fest, wofür er den Obersielrichter Doornkaat als Gewährsmann nannte. Vom 31. Januar 1924 datiert die von Severing unterschriebene Ernennungsurkunde Buberts. Damit zählte er zu den nicht sehr zahlreichen eindeutig republikanisch gesonnenen politischen Beamten Preußens. Als Landrat war er einerseits Organ der staatlichen Verwaltung und andererseits Spitze der kommunalen Selbstverwaltung. Von Amts wegen war er Vorsitzender des Versicherungsamtes, des Deich- und Sielamtes und der Sparkasse sowie Aufsichtsratsmitglied der Stromversorgungsgesellschaft Oldenburg-Ostfriesland. Die Steigerung des Einlagenbestandes der Sparkasse von 42 000 Goldmark am Beginn seiner Amtszeit auf 5,7 Millionen an deren Ende konnte er als Vertrauensbeweis für sich werten.

Bubert entwickelte ausgeprägte sozialpolitische Initiativen. Das Schulwesen wurde durch den Bau von zwölf neuen Volksschulen – bei insgesamt 47 Orten des Kreises –, einer Kreismittelschule in Pewsum sowie einer landwirtschaftlichen und Hauswirtschaftsschule gefördert. Zur Bekämpfung der nach dem Ersten Weltkrieg verbreiteten Tuberkulose wurde in Pewsum eine Lungen- und Säuglingsfürsorgestelle eingerichtet und die Beseitigung der Schlafbutzen angestrebt. Ein anderes nach dem Krieg aufbrechendes Problem war die Wohnungsnot. Die Gemeinde Hinte ehrte nach dem Zweiten Weltkrieg Buberts Bemühungen

durch die Benennung einer ganzen Siedlung mit seinem Namen. Die Zusammenarbeit mit den Entwässerungsverbänden und Deichachten gipfelte im Bau des Schöpfwerkes Borßum 1928/29. Einer aus Osnabrück bekannten Problematik begegnete Bubert in seinem Landkreis wieder: Bei Hungerunruhen war es in den Jahren 1919 bis 1923 in den reichen Marschendörfern zu Felddiebstählen und Gewalttätigkeiten gekommen; gegen die Täter, meist Arbeiter und Landarbeiter, wurde vor dem Landgericht in Aurich verhandelt. Bubert trat für die sozial zu kurz Gekommenen ein: Er richtete in zahlreichen Einzelfällen Gnadengesuche an den preußischen Justizminister. Bei seiner Amtsenthebung würdigte der Landgerichtspräsident dies in einem persönlichen Schreiben. Gegen den Nationalsozialismus, zumal dessen reichsweit wirksamen Vorkämpfer, den Borkumer Pastor Münchmeyer, und gegen das berüchtigte Borkumlied mit seiner verunglimpfenden antisemitischen Tendenz führte Bubert von Anfang an einen erbitterten Kampf. Gerade Borkum hat ihn dann unmittelbar nach dem Kriegsende geehrt, indem die bisherige Prinz-Heinrich-Straße seinen Namen erhielt. 1932 wurde der Landkreis Emden auf die Kreise Norden und Leer aufgeteilt, Bubert am 1. Oktober in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Dagegen kam aus den örtlichen Organisationen seiner Partei ehrlicher Protest, das Bedauern von bürgerlicher Seite hielt sich in Grenzen.

Zurück in Osnabrück gingen die während seiner Amtszeit aus parteipolitischen und formaljuristischen Motiven gespeisten Verunglimpfungen in systematische Verfolgung während des Dritten Reiches über. Sie steigerte sich von der Entlassung aus dem Staatsdienst und Entziehung der Pension über die Überwachung durch die Gestapo mit Haussuchungen, Verhaftungen und Mißhandlungen bis zur Einlieferung in das Arbeitserziehungslager Ohrbeck bei Osnabrück im Rahmen der nach dem gescheiterten Putsch vom 20. Juli 1944 ausgeführten "Aktion Gewitter". Zerschunden bis zur Transportunfähigkeit und daher im Krankenhaus in Georgsmarienhütte festgehalten, entging Bubert der Todesfahrt seiner Mithäftlinge in das KZ Neuengamme. Nach dem Krieg sagte er in mehreren Prozessen gegen seine und seiner Familie Peiniger und über die Organisation der Ohrbecker Lager aus. Die Briten ernannten ihn unmittelbar nach der Besetzung zum Landrat des Kreises Osnabrück. Bei Einführung der kommunalen Doppelspitze nach britischem Vorbild entschied er sich für das Amt des Oberkreisdirektors, eine Geste gegen die als Landrat erlittenen Verunglimpfungen und gegen die Willkürakte seiner Entfernung aus dem Beamtenverhältnis. Bei der Wiederbegründung der SPD in Osnabrück war Bubert führend tätig. Die Kontakte zu seinem früheren Wirkungskreis waren, mangels institutionellem Rahmen, außer den erwähnten Ehrungen abgerissen. Das Angebot der Militärregierung, Regierungspräsident in Osnabrück zu werden, lehnte er im Oktober 1945 aus Gesundheitsgründen ab. Von den auf seinem Amt beruhenden Funktionen sei sein Aufsichtsratsposten bei dem größten Industriebetrieb der Region, der Georgsmarienhütte AG, erwähnt. Der Belegschaft galt sein besonderes Interesse, wie die Protokolle zeigen. Aber eine Auseinandersetzung mit der Rolle der im Krieg von dem Vorgängerwerk unterhaltenen Zwangsarbeitslager hat er nicht herbeigeführt, obgleich das Führungspersonal des Werkes das gleiche war wie vor dem Kriegsende. In einem der Lager, allerdings zur Zeit seiner Gefangenschaft bereits von der Gestapo für ihre Gefangenen übernommen, hatte er selbst gelitten. Offenbar hatte ihn das Leiden sprachlos gemacht, ein Leiden, an dessen körperlichen Folgen er starb.

Nachlaß: Niedersächs. Staatsarchiv Osnabrück, Dep. 108.

Quellen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Rep. 77, Nr. 4452, 4453, Rep. 84a, Nr. 1902; StAA, Rep. 16/1, Nr. 69, 2456, Rep. 28, Nr. 3742; StA Osnabrück, Rep. 430-101-7/43-56, Rep. 980, Nr. 37522, Rep. 945, Nr. 119, Rep. 945, Akz. 6/83, Nr. 38, 149, Rep. 439 (Gestapo Osnabrück); [Nachrufe:] Nordwestdeutsche Rundschau vom 9.8.1950, Neues Tageblatt [Osnabrück] vom 10.8.1950.

Literatur: DBA II; Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück, Bramsche 1990; Günther F r a n z, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949 (Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, N.F. 3), 3. Aufl., Bremen 1957; Hermann K u r t z, Soziale und politische Unruhen im nordwestdeutschen Raum von 1919-1932, Maschr. Examensarb., PH Oldenburg 1969; Wilhelm van K a m p e n und Tilman W e s t p h a l e n (Hrsg.), 100 Jahre SPD in Osnabrück 1875-1975, Osnabrück 1975 (Portr. S. 176); Dirk T h i e r b a c h (Hrsg.), Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall, Bramsche 1990; Martin S c h u m a c h e r (Hrsg.), M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 1991; Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen, Band 4, T. 3, Göttingen 1991; Detlev B r u n n e r, Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Frankfurt a. M. 1992; Joachim S t a n g, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933, Düsseldorf 1994; Volker I s s m e r, Gestapohaft und Zwangsarbeit für Klöckner. Das "Arbeitserziehungslager" Ohrbeck zwischen Osnabrück und Georgsmarienhütte, in: Osnabrücker Mitteilungen 100, 1995, S. 251-266; Herbert R e y e r (Hrsg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, 76), Aurich 1998.

Werner Delbanco